



Protokoll

Jugendhilfeausschuss
8. Mai 2019, 16:30 Uhr
öffentlich
Bürgersaal, Rathaus am Marktplatz
Vorsitzender: Herr Bürgermeister Lenz
Protokollführerin: Frau Klumpp

Teilnehmende: siehe Anwesenheitsliste

Entschuldigt: Herr Stadtrat Müller (CDU), Herr Stadtrat Fostiropoulos (DIE LINKE), Herr Stadtrat Braun (KULT), Frau Ortschaftsrätin Henkel (Durlach), Frau Siol (AKF). Für Frau Stadträtin Melchien (SPD) ist Frau Stadträtin Fischer und für Herrn Weinmann (Kinderschutzbund) ist Frau Gissel anwesend.

Vor Einstig in die Tagesordnung verpflichtet **der Vorsitzende** Frau Manuela Grimm (Beirat für Menschen mit Behinderungen), Herrn Gunter Vogel (Staatliches Schulamt) und Herrn Karl-Heinz Honeck (Ev. Kirchenverwaltung Karlsruhe) als Mitglieder des Jugendhilfeausschusses der Stadt Karlsruhe. Weiter bedankt sich **der Vorsitzende** beim Gremium für die Zusammenarbeit und die fachliche Begleitung in der nun bald endenden Legislaturperiode. Er verabschiedet Frau Klumpp und dankt ihr für die langjährige Organisation der Sitzungen des Jugendhilfeausschusses.

TOP 1 **Aufnahme neuer Kita-Projekte in die Bedarfsplanung** - Vorlage -

Frau König (SJB) fasst den Inhalt der Vorlage kurz zusammen.

Fragen zu diesem Tagesordnungspunkt ergeben sich nicht.

Beschluss: Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt einstimmig dem Gemeinderat die Aufnahme der neuen Kita-Projekte mit 35 Plätzen für Kinder unter drei Jahren und 62 Plätzen für Kinder ab drei Jahren bis zum Schuleintritt in die Bedarfsplanung und die Bereitstellung der in der Vorlage genannten Finanzmittel.

TOP 2 **Neue Finanzierungssystematik für Kindertagesstätten und Kinderkrippen in Karlsruhe** - Vorlage und mündlicher Bericht -

Der Vorsitzende verweist auf den Beschluss des Gemeinderats im Rahmen der letztjährigen Aufstellung des Haushaltsplans, wonach jährlich 5 Mio. Euro zur Erarbeitung einer

neuen Finanzierungssystematik für Kindertagesstätten und Kinderkrippen zur Verfügung gestellt wurden. Er begrüßt zu diesem Tagesordnungspunkt Herrn Dr. Jopen und bedankt sich bei ihm für die Erstellung des Gutachtens.

Einführend bittet **Frau Langeneckert (SJB)** darum, die aufgelegte Tischvorlage zu Anlage 2 auszutauschen, da der Fehlerteufel zugeschlagen habe. Auswirkungen auf die heute anstehenden Beschlüsse habe der Austausch nicht. Sie teilt mit, dass das Gute-Kita-Gesetz über dem Thema der neuen Finanzierungssystematik „schwebe“ und gibt einen Abriss über die bisherige Entwicklung und Behandlung des Themas innerhalb der letzten beiden Jahre. Die heutige Vorlage beinhalte zwei Stellschrauben: Zum einen die Erhöhung des Erstkinderzuschusses, um das Niveau der städtischen Beiträge zu erreichen und zum anderen die einkommensabhängige Beitragsreduzierung. Auch solle ein gemeinsamer Standard entwickelt werden, der als Grundlage für Leistungsvereinbarungen gelte. Mit dieser Vorlage werden die ersten Schritte beschlossen, weitere Schritte werden dann wieder im Jugendhilfeausschuss vorberaten und im Gemeinderat entschieden werden. Insgesamt sei die Beitragsfreiheit nur in einem langen Prozess zu erreichen. Die Geschwindigkeit könne je nach finanzieller Lage variiert werden. Die heutige Beschlussvorlage beinhalte sowohl eine Entlastung für Familien als auch eine Auseinandersetzung mit der Qualität in Kitas bei gleichzeitiger Steuerungsmöglichkeit der Kommune.

Herr Dr. Jopen (Jopen Consulting GmbH) bedankt sich zunächst für den Auftrag zur Erstellung des nun vorliegenden Gutachtens. Mit den Trägern, die nach Erhöhung des Erstkinderzuschusses noch 10% über den städtischen Beiträgen liegen, sollen Gespräche stattfinden, um die Gründe festzustellen. Diese Analyse werde mehrere Monate in Anspruch nehmen. Am Ende solle unter Einbeziehung des Jugendhilfeausschusses und des Gemeinderats ein Karlsruher Standard definiert und Transparenz geschaffen werden. Hier könne dann auch festgelegt werden, welche Leistungen kostenfrei sein sollen und welche Leistungen mit einem Anerkennungsbeitrag versehen werden. Über die Frage der gruppen- oder kindbezogenen Förderung solle eine ergebnisoffene Diskussion geführt werden.

Der Vorsitzende bedankt sich bei Herrn Dr. Jopen für seinen Bericht und wähnt sich mit diesem Thema auf einem Marathonlauf. Er weist darauf hin, dass bereits 1/3 des Weges gegangen wurden, da bereits 1/3 der Kinder über die Geschwisterkinderermäßigung und die Wirtschaftliche Jugendhilfe vom Beitrag befreit seien. Politik, freie Träger und Verwaltung arbeiten bei diesem Thema gut zusammen. Mit der nun vorgestellten Vorlage wurde der Wille des Gemeinderats aus den letzten Haushaltsplanberatungen umgesetzt.

Herr Köhler (Caritas) teilt für die Liga mit, dass sie die Vorlage auf dem Weg zur Beitragsfreiheit unterstützen werde. Er stellt in den Raum, dass die Eigenbeteiligung der Träger zukünftig in Frage steht und die Tarifbindung ein wichtiges Qualitätskriterium ist. Die Entwicklung von einheitlichen Qualitätsmerkmalen sehe er positiv. Ebenso müsse aber auch über die Dynamisierung von Personal- und Sachkosten sowie von Mietkosten und die Leistungsfreistellung geredet werden.

Frau Stadträtin Rastätter (GRÜNE) unterstützt das perspektivische Ziel der Beitragsfreiheit. Das Ziel der sozialen Gerechtigkeit solle durch die einkommensabhängige Staffelung der Beiträge weiter verfolgt werden. Die unterschiedlichen Profile der Kitas sollen erhalten bleiben. Bei der weiteren Qualitätsentwicklung sehe sie einen hohen Bedarf. Die Dynamisierung von Kosten sowie die Vollfinanzierung der freien Träger erachte sie als notwendig.

Frau Stadträtin Fischer (SPD) dankt Herrn Dr. Jopen für die Erstellung des Gutachtens und sieht in der Qualitätsentwicklung eine große Herausforderung. Es gelte auszutarieren, welche Qualitätsstandards sinnvoll seien. Das Ziel solle weiterhin die echte Beitragsfreiheit sein. Sie zeigt sich erfreut über diesen nun zu beschließenden ersten Schritt.

Herr Stadtrat Hoyem (FDP) teilt mit, dass für ihn Qualität auch in der Umsetzung eines Lehrplans liege, der für alle Kitas gelte. Bei der Ausbildung der Fachkräfte in Kitas sehe er in Deutschland, im Vergleich zu anderen europäischen Ländern, noch Nachholbedarf. Die im Zusammenhang mit der neuen Finanzierungssystematik zu fassenden Beschlüsse müssten zukunftsicher sein. Im Übrigen teile er die Vorschläge von Herrn Köhler.

Herr Stadtrat Krug (CDU) unterstützt den Erhalt des Anerkennungsbeitrags und die Entwicklung von Qualitätsstandards. Er plädiert dafür, die Entwicklung zu beobachten und nicht zu schnell voranzugehen.

Herr Koch (Gesamtelternbeirat Karlsruher Kindertageseinrichtungen) teilt mit, dass die Elternschaft die Gebührenfreiheit wolle und der Gesamtelternbeirat den nun angestoßenen Prozess gerne intensiv begleiten wolle.

Herr Barton (AWO) erachtet es als positiv, dass über die gleichen Ziele geredet werde. Bei der Beschlussformulierung unter 1b sehe er jedoch Änderungsbedarf, da sich die Entwicklung gemeinsamer Standards und der Abschluss von individuellen Regelungen widersprechen würden. Auch unterstütze er die Analyse über die Gründe von unterschiedlichen Beiträgen. Er plädiert dafür, sich die nötige Zeit dafür zu nehmen. Beiträge, die nicht wirtschaftlich kalkuliert seien, könnten nicht als Grundlage für Analysen dienen. Bezüglich der platzbezogenen Förderung teilt er mit, dass Träger auf eine zuverlässige Finanzierung angewiesen wären.

Frau Langeneckert (SJB) unterstreicht, dass die Empfehlung für einen platzbezogenen Zuschuss von Seiten des Gutachters erfolgt sei. Dieser Empfehlung sei die Verwaltung jedoch nicht gefolgt.

Frau Sinner (Paritätischer) bittet darum, die besonderen Voraussetzungen kleiner Träger nicht aus dem Blick zu verlieren und sich ausreichend Zeit für die Analyse zu nehmen. Auch sie sehe es kritisch, die kommunale Kita als Referenzgröße zu verwenden.

Abschließend fasst **der Vorsitzende** zusammen, dass kleinschrittig vorgegangen werde. Der Jugendhilfeausschuss und der Gemeinderat werden an den zu treffenden Entscheidungen beteiligt. Mit dem Arbeitsausschuss Jugendhilfeausschuss stehe ein Gremium zur Verfügung, in dem vertieft diskutiert werden könne. Er bedankt sich bei Frau Reichle, Frau König, Herrn Büchler und Herrn Dr. Jopen für ihre Leistungen bei der Entwicklung dieses Themas und der Erstellung der Beschlussvorlage.

Beschluss: Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt einstimmig bei zwei Enthaltungen dem Gemeinderat, das vorliegende Gutachten der Jopen Consulting GmbH zur Kenntnis zu nehmen und die Verwaltung zu beauftragen, die Beitragsfreiheit orientiert an den Empfehlungen prozessorientiert umzusetzen. Dazu emp-

fiehlt der Jugendhilfeausschuss einstimmig bei zwei Enthaltungen dem Gemeinderat:

1. a) Ab dem Kindergartenjahr 2019/2020 (ab 1. September 2019) werden die Elternbeiträge in den Einrichtungen der freien Träger, so weit möglich, auf das Niveau der Beiträge in den städtischen Einrichtungen durch eine Erhöhung des Erstkinderzuschusses, abgesenkt. Die „Richtlinie der Stadt Karlsruhe für die Förderung von Kindertagesstätten und Kinderkrippen“ wird zum 1. September 2019 entsprechend angepasst (siehe Anlage 2).
b) Die Verwaltung wird ermächtigt, mit den freien Trägern in Verhandlungen zu treten, deren Elternbeiträge nach der Erhöhung des Erstkinderzuschusses die städtischen Beiträge um mehr als 10 Prozent übersteigen. Dazu können mit den Trägern individuelle Leistungsvereinbarungen abgeschlossen werden. Diese können eine zusätzliche Kostenübernahme der Stadt oder eng abgegrenzte Sonderbeiträge der Eltern beinhalten. Vor Abschluss dieser Vereinbarungen werden der Jugendhilfeausschuss und der Gemeinderat unterrichtet und um Zustimmung zu den beabsichtigten, generellen Regelungen gebeten.
2. Ab dem Kindergartenjahr 2019/2020 (ab 1. September 2019) werden die Elternbeiträge für die städtischen Einrichtungen gemäß Anlage 3 angepasst und getrennt nach dem Benutzungsentgelt für Betreuung und den Verpflegungskosten ausgewiesen.
3. Die Kostenbeiträge für die Kindertagespflege werden ab dem 1. September 2019 um 25 Prozent gesenkt, um die Nutzer der Tagespflege in analoger Weise an der Entlastung, wie sie in den frühkindlichen Kindertageseinrichtungen erfolgt, teilhaben zu lassen (siehe Anlage 4).
4. Der Einstieg in die einkommensabhängige Beitragsreduzierung, über die Regelungen der Wirtschaftlichen Jugendhilfe hinaus, ist zum 1. September 2020 vorgesehen. Die konkrete Ausgestaltung wird der Gemeinderat nach Vorberatung im Jugendhilfeausschuss separat beschließen.

TOP 3 Leitlinien gegen Kinderarmut: Fortschreibung 2019 - Vorlage -

Herr Nees (SJB) fasst den Inhalt der Vorlage zusammen. Besonderes Augenmerk solle auf den Zugang und den Übergang zwischen den einzelnen Angeboten gelegt werden. Auch sei es wichtig, wohnortnah Angebote vorzuhalten. Er bedankt sich bei den Mitgliedern der Arbeitsgruppe. Auf die Nachfrage von **Frau Stadträtin Anlauf (GRÜNE)**, **Frau Stadträtin Meier-Augenstein (CDU)** und **Frau Stadträtin Moser (SPD)** teilt er mit, dass die vorgelegten Leitlinien Leitplanken darstellen würden. Konkrete Zahlen liefere der Armutsbericht.

Der Vorsitzende befürwortet den Vorschlag von **Frau Stadträtin Fischer (SPD)**, das Thema der Armut, wie bereits in der Vergangenheit geschehen, in Klausuren vertieft zu behandeln.

Beschluss: Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt einstimmig dem Gemeinderat die Fortschreibung der Leitlinien gegen Kinderarmut 2019.

Sollten hierfür finanzielle Mittel notwendig sein, so müssten diese vom Gemeinderat im nächsten Doppelhaushalt bereitgestellt werden oder durch Umschichtung im Dezernat.

TOP 4 Kinder- und Familienzentren – Vergabe der Fördermittel an Einrichtungen
- Vorlage -

Frau Stadträtin Fischer (AWO), Herr Barton (AWO), Herr Köhler (Caritas), Herr Honneck (Ev. Kirchenverwaltung), Herr Sester (Kath. Gesamtkirchengemeinde) und Frau Sinner (Paritätische Sozialdienste) sind bei diesem Tagesordnungspunkt befangen und verlassen den Abstimmungsraum.

Herr Nees (SJB) berichtet über die Verabschiedung der Rahmenkonzeption für die Kinder- und Familienzentren in Karlsruhe im November letzten Jahres. Mit 44 Anträgen auf Förderung sei die Erwartung deutlich übertroffen worden. Insbesondere verweist er auf die Möglichkeit der Bildung von Einrichtungsverbünden hin, welche genau im Sinne der Rahmenkonzeption sei.

Beschluss: Der Jugendhilfeausschuss beschließt einstimmig die Vergabe der Fördermittel an 15 Einrichtungen rückwirkend zum 1. Januar 2019 sowie an 10 weitere Einrichtungen ab 1. Januar 2020 gemäß der Rahmenkonzeption für Kinder- und Familienzentren.

TOP 5 Hebammen in Familienzentren (Aufhebung Sperrvermerk)
- Vorlage -

Der Vorsitzende begrüßt zu diesem Tagesordnungspunkt Frau Wagner (Hebammenverband Baden-Württemberg e.V./Kreisgruppe Karlsruhe).

Herr Nees (SJB) teilt mit, dass das vorliegende Konzept eine Ergänzung für unversorgte Wöchnerinnen darstelle aber keinesfalls einen Ersatz für eine reguläre Nachsorge bieten könne. Bereits 15 Hebammen hätten sich bereit erklärt, bei der Umsetzung des Konzepts mitzuwirken. Er bedankt sich beim Hebammenverband für die gemeinsame Erarbeitung des Konzepts, das bundesweit das erste dieser Art sei.

Frau Stadträtin Anlauf (GRÜNE) und Frau Stadträtin Moser (SPD) danken für die schnelle Erstellung des Konzepts und betonen die ergänzende Wirkung.

Herr Nees ergänzt mit der Information, dass dieses Modell einzigartig in Deutschland ist und so noch keine Kommune umgesetzt hat.

Beschluss: Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt einstimmig dem Gemeinderat, das vorliegende Konzept „Hebammen in Familienzentren – Konzept für eine nicht-aufsuchende Wochenbettbetreuung und zur Vernetzung der Karlsruher Heb-

ammen" (siehe Anlage) zu beschließen und den Sperrvermerk in Höhe von je 58.240 Euro für die Haushaltsjahre 2019 und 2020 aufzuheben.

TOP 6 Konzeptionelle Erweiterung des Projekts Jugendschutz Karlsruhe
- Vorlage und mündlicher Bericht-

Frau Kowaschik (SJB) fasst den Inhalt der Vorlage zusammen. Auf die Nachfrage von **Frau Stadträtin Anlauf (GRÜNE)** teilt Frau Kowaschik mit, dass die Erweiterung des Projekts um weitere Suchtformen zusätzliche Manpower benötige.

Beschluss: Der Jugendhilfeausschuss nimmt den Bericht zur konzeptionellen Erweiterung des Projekts Jugendschutz Karlsruhe zur Kenntnis und befürwortet einstimmig die vorgestellte Maßnahme.

TOP 7 Aktuelle Hortentwicklung
- Informationsvorlage -

Frau Mink (SJB) berichtet über die aktuelle Situation der Schülerhorte in Karlsruhe. Es könne davon ausgegangen werden, dass der Bedarf an Schulkindbetreuung weiter steigen werde. Vor dem Hintergrund der Ankündigung des Landes, kommunale Angebote höher zu bezuschussen, sollte überprüft werden, ob mit dem bestehenden Betreuungssystem bei steigendem Bedarf Schritt gehalten werden könne.

Beschluss: Der Jugendhilfeausschuss nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

TOP 8 Aufnahme einer neuen Hortgruppe in die städtische Bedarfsplanung
- Vorlage -

Frau Mink (SJB) fasst den Inhalt der Vorlage zusammen.

Fragen zu diesem Tagesordnungspunkt ergeben sich nicht.

Beschluss: Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt einstimmig dem Gemeinderat die Erweiterung des städtischen Schülerhorts Eggensteiner Straße in Knielingen um eine Nachmittagshortgruppe (20 Plätze) und die Bereitstellung der in der Vorlage genannten Finanzmittel.

TOP 9 Verteilung der Schulsozialarbeitsstellen
- Informationsvorlage -

Der Vorsitzende begrüßt zu diesem Tagesordnungspunkt Herrn Frisch (SuS)

Frau Greiner (SJB) berichtet, dass die heutige Vorlage sowohl einen Endpunkt als auch einen Startpunkt markiere. Zum einen sei der Auftrag für einen flächendeckenden Ausbau nun abgeschlossen, zum anderen werde nun in den qualitativen Ausbau eingestiegen. Dazu stehe eine halbe Stelle an einer beruflichen Schule zur Verfügung sowie zwei Stellen an Allgemeinbildenden Schulen. Auf Nachfrage von **Frau Stadträtin Fischer (SPD)** teilt **Frau Greiner (SJB)** mit, dass die Verteilung der zwei Stellen in Absprache mit den Schulen stattfinden werde. Gespräche hierzu würden bereits geführt.

Beschluss: Der Jugendhilfeausschuss nimmt die zwischen dem Schul- und Sportamt, dem Staatlichem Schulamt Karlsruhe, dem Regierungspräsidium Karlsruhe und dem Allgemeinen Sozialen Dienst der Stadt Karlsruhe abgestimmte Vorlage zur Kenntnis.

TOP 10 Mitteilungen des Bürgermeisteramtes

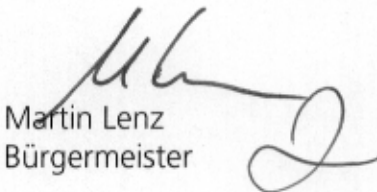
Fragen zu diesem Tagesordnungspunkt ergeben sich nicht.

Der Vorsitzende bedankt sich beim Gremium und schließt die Sitzung um 18:44 Uhr.

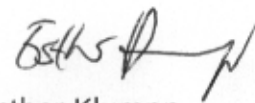
Zur Beurkundung:

gesehen und genehmigt:

Martin Lenz
Bürgermeister



die Schriftführerin



Esther Klumpp